

## ANFRAGE

der Bundesräte Dr. Franz Eduard Kühnel  
an den Bundesminister für Landesverteidigung  
betreffend widersprechende außenpolitische Aussagen des Bundeskanzlers und des  
Verteidigungsministers

In einem Interview mit der Tageszeitung „Die Presse“ beantwortete  
Verteidigungsminister Darabos die Frage nach seiner Haltung hinsichtlich des Projekts  
der USA, einen Raketenschutzschirm über Europa zu spannen, wie folgt: „Ich persönlich  
halte den Weg, den die USA hier einschlagen, für falsch. Es hat keinen Sinn, ein  
Raketenabwehrsystem in Europa aufzubauen. Dadurch werden nur unnötig alte  
Debatten des Kalten Krieges wieder angefacht.“

Anlässlich seines Aufenthalts in Israel erklärte der Bundeskanzler laut Tageszeitung „Die  
Presse“ hingegen, dass „ein atomarer Iran für Österreich inakzeptabel sei“. Gleichzeitig  
verteidigte er das Milliardengeschäft der ÖMV mit dem Iran.

Da das geplante Raketenabwehrsystem, das vom Verteidigungsminister kritisiert wurde,  
unter anderem auch das Ziel hat, mögliche atomare Raketenpläne des Iran zu  
konterkarieren, widersprechen einander somit zwei sozialistische Regierungsmitglieder  
in einer nicht unwichtigen außenpolitischen Frage.

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher an den Bundesminister für  
Landesverteidigung folgende

### Anfrage:

1. Beharren Sie auf Ihrer Position, wonach die Pläne für ein Raketenabwehrsystem  
in Europa, das unter anderem gegen die atomaren Raketenpläne des Iran  
gerichtet ist, falsch sind, oder schließen Sie sich der Meinung des Bundeskanzlers  
an, wonach „ein atomarer Iran für Österreich inakzeptabel ist“?
2. Halten Sie es außenpolitisch für sinnvoll, wenn sich Bundeskanzler und  
Verteidigungsminister des immerwährend neutralen Österreich in einer  
außenpolitischen Frage widersprechen und die verfassungsrechtlich gebotene  
neutrale Position Österreichs in derartigen außenpolitischen Problemstellungen  
aufgeben und international Partei ergreifen?
3. Wenn ja, wieso?
4. Wenn nein, was hat dann Sie und den Bundeskanzler bewogen, derartige  
problematische Äußerungen von sich zu geben, die noch dazu divergieren?
5. Welche außenpolitische Position in der oben angeführten Problematik gilt  
nunmehr für die SPÖ?
6. Wieso haben Sie außenpolitische Äußerungen getätigt, obwohl dies nicht in Ihren  
Aufgabenbereich fällt?

